Donnerstag, den 20. Juli.

Thorner Zeitung.

Nro. 169. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. 1871.

Vor einem Jahre.

20. Juli. Der Reichstag beschließt eine Adresse an den König, und bewilligt den von der Regierung geforderten Credit von 120 Millionen.

Telegraphische Mittheilung unseres Königs an den König von Bayern, daß er die bayersche Armee dem Commando des Kronprinzen unterstellt habe und dessen einverständliches Erwiderungstelegramm.

Tagesbericht vom 18. Juli.

Die Vermehrung der stehenden Heere in Europa hat sich nicht auf die großen Kontinentalmächte beschränkt; auch die kleineren Staaten, wie Holland und Belgien, haben bereits beschlossen, ihr Wehrsystem auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zu reorganisiren. Was Belgien anlangt, so wird es Jedermann begreiflich finden, wenn dieses Land, das direkt durch den französischen Chauvinismus bedroht ist, die stärksten Anstrengungen macht, sich seiner Haut zu wehren; seine Neutralität könnte nicht behauptet werden und seine Selbstständigkeit müßte verloren gehen, wenn es nicht immer auf dem qui vive stände. Ganz anders dagegen verhält sich die Sache mit Holland. Dieser Staat hat nicht das mindeste zu befürchten, er ist von keiner Seite bedroht; wenn er gleichwohl sich beeilt, eine nahezu seine Kräfte übersteigende Armee sich zuzulegen, so muß man auf den Argwohn kommen, daß die Holländer mehr der Aggressivkraft der Franzosen als der Defensivkraft der Deutschen vertrauen. Die Holländer wollen, wie es scheint, ihre Selbständigkeit sichern durch das, was sie im Fall eines nächsten deutsch-französischen Krieges gegen Deutschland zu leisten im Stande sind. Wir fürchten nur, daß sie aus dieser Illusion sehr unsanft aufgeschreckt werden. Deutschland denkt nicht entfernt daran, Holland in seiner Selbständigkeit zu beschränken, und wären die holländischen Staatsmänner frei von Antipathie gegen Deutschland, so würden sie in gesunden Allianzverhältnissen ihre Stärke suchen. Eine Bundesgenossenschaft mit dem deutschen Reiche würde den Niederlanden ihren außerordentlichen Heeresaufwand ersparen können, und dabei doch ihre Unabhängigkeit und Freiheit auf die sichersten Grundlagen stellen. —

Der Gegensatz, der zwischen Rußland und Oesterreich von Alters her herrscht, scheint sich in letzterer Zeit bedeutend verschärft zu haben. Die Begünstigung des polnischen Elements in Galizien durch Herstellung einer polnischen Universität in Krakau hat in der russischen Presse einen wahren Sturm heraufbeschworen, die enragirtesten Organe stellen sogar ganz ungenirt einen Krieg mit Oesterreich in Aussicht. In Lithauen und Volhynien macht man sich selbstverständlich die größten Hoffnungen auf die Politik Oesterreichs, welcher man die Bedeutung einer polnischen Restaurationspolitik beilegt. Aber auch die preußische Regierung wird trotz aller österreichischen Friedens- und Freudschaftsversicherungen ein wachsames Auge haben müssen auf die polnische Agitation, die durch Oesterreich direkt begünstigt wird und ihre Rückwirkungen auf Preußen, wenn auch nur in schwacher Weise, nicht verfehlen. Jedenfalls steht so viel fest, daß Oesterreich auf die Wiedererstarkung Frankreichs die größten Hoffnungen hegt, denn ohne diese hätte die polnische Politik Oesterreichs gar keinen Sinn. —

— Die Beziehungen Rußlands und Preußens haben in der letzten Zeit einen in der That sehr freundschaftlichen Character angenommen. Nicht nur, daß die russische Regierung den Wünschen der preußischen Regierung in Bezug auf die Verkehrsverhältnisse der beiden Nachbarreiche entgegenkommt; auch an den deutschen Höfen, wo noch russische Gesandtschften existiren, hat sich der russische Einfluß zu Gunsten der deutschen Interessen geltend gemacht. Rußland, welches früher die Mittelstaaten in ihrer widerstrebenden Politik gegen die norddeutschen Großmächte begünstigte, vertritt jenen Staaten gegenüber jetzt das Interesse Preußens. Von Oesterreich läßt sich dasselbe nicht behaupten; es sind leider Anzeichen genug vorhanden, welche darauf schließen lassen, daß die österreichische Politik noch immer nicht den Gedanken aufgegeben hat, das Verhältniß der Süddeutschen Staaten zum deutschen Reiche event. rückgängig zu machen.

Es war bekanntlich schon seit längerer Zeit davon die Rede, daß die Pforte eine Maßregel von tiefgreifender Bedeutung in Aussicht genommen habe, daß sie die gesammte christliche Bevölkerung des Reiches in demselben Umfange, wie die Bekenner des Islam, zum Kriegsdienst heranzuziehen gedenke. Genaue Kenner der Verhältnisse wollen indeß Grund zur Behauptung haben, daß daran nicht entfernt gedacht werde, sondern daß man in Konstantinopel die allgemeine Wehrpflicht höchstens deshalb an die Wand male, um die Rajah auf eine erhöhte Geldablösung für die Militärbefreiung vorzubereiten. Von Interesse ist es jedenfalls, daß in diesem Augenblick Rußland alle Hebel in Bewegung setzt, um die Pforte für die Waffenpflichtigkeit ihrer christlichen Unterthanen zu stimmen; aber freilich darf stark bezweifelt werden, daß ein Andrängen grade von dieser Seite zur Empfehlung der Ausdehnung der Wehrpflicht in der gedachten Richtung geeignet ist. Der Großherr soll übrigens die Ausarbeitung eines besonderen Memoires über den Gegenstand angeordnet haben.

Deutschland.

Berlin den 19. Juli. Ultramontane-Drohungen. Die „Germania“, das Berliner Blatt der Ultramontanen, tritt den in Aussicht gestellten Maßnahmen der Regierung in den sich immer mehr häufenden Conflicten zwischen den Rechten und Pflichten der Staatsgewalt u. den Anmaßungen der infallibilistischen Bischöfe und Geistlichen mit einer ziemlich unverhohlenen Drohung entgegen. Das ultramontane Blatt bringt an der Spitze seiner letzten Nummer einen längeren Artikel aus Bayern, in welchem es seinen Groll in folgenden Worten Ausdruck leiht: „Man täusche sich in der Wilhelmsstraße in Berlin nicht! Wenn man den Kampf auf diesem Gebiete eröffnet, dann werden es nicht die Zündnadeln oder Werder-

Die Bodenschwankungen in Ostpreußen und die Entstehung des kurischen Haffes.

Seit mehreren Jahren werden, wie wir dem 11. Heft der „Ergänzungsbläter“ entnehmen, in Ostpreußen geologische Kartenaufnahmen veranstaltet, welche auch zu interessanten Beobachtungen über die langsamen säkularen Hebungen und Senkungen, die in der Umgebung des kurischen Haffs stattgefunden, geführt haben.

Welcher Gestalt hier die preußische Seeküste unmittelbar nach dem ersten Emportreten des Landes aus den Fluthen des Diluvialmeeres gewesen, ist schwer zu entscheiden. So viel aber steht fest, daß der eigentliche Abfall des Landes schon damals nicht rückwärts, d. h. nicht östlich von der Küstenlinie der heutigen kurischen Nehrung gelegen war, das kurische Haff, somit durch Abschwemmung allmählich dem Lande verloren gegangenes Areal ist und nicht als eine erst durch Anschwemmung verflachte und so dem Meere abgerungene Bucht betrachtet werden darf. Es beweist das der noch heutigen Tages erst außerhalb der kurischen Nehrung sich zeigende stärkere Abfall des Meeresbodens, der schon bei 25, im Maximum 125 Ruthen Entfernung mit 18' die überhaupt größte Tiefe des kurischen Haffes erreicht und ziemlich gleichmäßig fallend bei kaum 1 Meile Entfernung bereits 100' erreicht hat.

Allmählich trat jedoch bei der stetig fortschreitenden Hebung, welcher ganz Norddeutschland und so auch diese Küstengegenden überhaupt ihr Emportauchen aus den Meeresfluthen verdanken, eine in der Linie des alten Uferrandes angeschwemmte Sandbarre über den Meeresspiegel empor. Wind und Wellen begannen ihr nie ermüdendes Spiel. Auf dem nur unmerklich langsam steigenden schmalen Sandstreifen bildete der Wind die ersten kleinen Dünenanhäufungen. Immer neuen Sand spülte die Welle zum Strande, wehte der Wind auf die Düne. Kleine Hügel verbanden sich zu Ketten und so entstand aus dem wechselnden Spiel von Wind und Welle stetig wachsend und in einander verschmelzend im Laufe der Jahrhunderte endlich der auf eine Länge von ungefähr 11 Meilen wenig unterbrochene hohe Dünenkamm, dessen Höhe die jüngsten Generalstabsmessungen zu durchschnittlich 100—150' ergeben haben, dessen zahlreiche Gipfelpunkte aber fast 200' erreichen.

Mannigfache, anfangs noch bestehende Unterbrechungen, in denen die Stromwasser abflossen, wurden seichter und seichter und schlossen sich bis auf wenige Stellen gänzlich. Eine Zerstörung der Nehrung war nicht mehr möglich, da neben den Bedingungen ihrer Entstehung die Hebung des Landes an sich dem Nagen der See nicht günstig war, andererseits der feste Diluvialboden des einstmaligen Uferrandes bald nahe unter und in der Seeschälung erschien, ja im südlichen Theile schon längst das Meeresniveau bedeutend überragte, überall also die Gewalt der See brach. Die kurische Nehrung hatte den Tilsiter Busen dauernd gegen die Wogen der See geschlossen, das kurische Haff war gebildet.

In mehrfachen Profilen des See- wie des Haffufers findet man die Moosvegetation der Diluvialzeit als Moostorf erhalten. Dadurch wird nicht nur eine zu Ende der Diluvialzeit stattgefundene Hebung bis über den Meeresspiegel erwiesen, ohne welche eine Moosentwickelung überhaupt nicht möglich ist, sondern auch, daß unterschiedliche Bodenschwankungen im Laufe der Zeit jene Gegenden betroffen haben. Die jetzige Lage jener Moos- und der sie bedeckenden Sandschichten in einer Höhe von circa 10 und 12' über dem See- resp. Haffspiegel zeugt aber ihrerseits wieder von einer inzwischen von Neuem erfolgten Hebung, der dann abermals eine Senkung gefolgt ist, so daß im Ganzen ein zweimaliges Auf und Nieder anzunehmen ist.

Vermuthlich ist der Mensch, der seit Jahrtausenden bereits diese Gegenden bewohnt, auch noch Zeuge, wenigstens des größten Theiles der zweiten Senkungsperiode gewesen. Es möge hier andeutend hingewiesen werden auf die längs der preußischen u. pommerschen Küste noch immer im Munde des Volkes lebenden Sagen von untergegangenen Burgen und Schlössern, ja ganzen Städten (Vineta) und Länderstrecken (Witland). Ein direkter Beweis sind sie eben nicht, aber in Verbindung mit thatsächlichen Beweisen gewinnen sie an Bedeutung.

Die ältesten Spuren des Menschen finden sich hier in den bereits mehrfach in der Tiefe von Torfmooren zwischen den Stubben der alten Waldung gefundenen regelrechten Kohlenstellen. Nach übereinstimmenden Aussagen fanden sich solche in den meisten Mooren dortiger Gegend, wie z. B. im Thrusmoor, im Berstusmoor, in Theilen der Ibenhorster Forst und in dem circa 2 Quadratmeilen messenden großen Moosbruch zu Seiten des Nemonienstromes. Die absolut tiefste und somit älteste unter den bekannt gewordenen ist jedenfalls eine Kohlenstelle, die beim Torfstechen 8—10' tief in den Duhnauschen Wiesen unweit des südlichen Haffufers sich fand, mitten zwischen vielen festgewurzelten Stubben. Die Wiese selbst liegt noch keinen Fuß über dem Haffniveau, muß vielmehr durch eine Wasserschöpfmaschine vor fast stetem Ueberstauen geschützt werden. Angenommen, daß die Kohlenstelle von Menschen herrührt — und der mit dem übrigen stimmenden Beschreibung nach ist kein Grund zu zweifeln —, so lebten unsere Vorfahren hier zu einer Zeit, wo das Land mindestens 8—10' höher über dem heutigen Wasserspiegel lag. Vorausgesetzt ist dabei noch, daß die alte Waldung hier bereits eine ebenso niedrige und Ueberstauungen beständig ausgesetzte Lage gehabt hat. Da die ohngefähre Größe der Senkung oben auf 12' bemessen werden mußte, so ist also die Existenz des Menschen in diesen Gegenden, wenn nicht bis in den Beginn, so doch bis kurz nach dem Beginn der Senkungsperiode zurückzuführen.

Die ältesten Bewohner der Niederung und der Umgegend des Haffes im Allgemeinen hatten zweifelsohne ebenso, ja bei der dichten Bewaldung und Unzugänglichkeit des Landes noch ausschließlicher als in historischer Zeit längs der Flußufer und des Haffes ihre Ansiedelungen gegründet, weshalb bei fortschreitender Senkung des Landes ihre Wohnstätten und gleicherweise ihre Grabstätten auch bald in den Bereich des Wassers geriethen. So erklärt es sich, daß zwischen den zu gleicher Zeit aus der einstigen littauischen Seeschälung von neuem ausgespülten und in Sandbanken des Haffes wieder abgelagerten Bernsteinmassen fortdauernd auch alter heidnischer Bernsteinschmuck gefunden wird. Die Eimerwerke der Stantien- und Beckerschen Bagger in der Nähe Schwarzrorts bringen alljährlich eine ganze Anzahl fertiger und noch mehr unfertiger oder bei der Bearbeitung verdorbener Kunstproducte mit dem rohen Bernstein zu Tage. Ebenso wurden zwei offenbar als Amulette getragene Nachbildungen menschlicher Gestalten oder Götzen gefunden. Daß hier nicht an ein vereinzeltes Verlieren von Bernsteinschmuck gelegentlich der Hafffahrten unserer Vorfahren zu denken, dagegen spricht einmal die Menge der gefundenen Stücke, zum andern die vielen unfertigen, in dem vorliegenden Zustande, mit meist noch nicht ganz durchbohrten Löchern, nicht tragbaren Arbeiten und endlich die durch gleiche Bearbeitungsweise bewiesene Gleichaltrigkeit sämmtlicher Funde. Daß andererseits nur aus Bernstein gefertigte Kunstproducte nicht auch andere Spuren menschlichen Fleißes oder menschlicher Gegenwart überhaupt zwischen dem Bernstein im Haffboden gefunden werden, spricht gerade dafür,

gewehre sein, welche einen raschen Sieg herbeiführen; man wird vielmehr einen Widerstand heraufbeschwören, den man bei der jetzigen Weltlage zu vermeiden alle Ursache hätte. Allerdings werden die Katholiken nicht zur Revolution greifen; aber man wird in demselben Grade in welchem man den Katholiken wehe thut, die Widerstandskraft gegen diejenige drohende Macht verlieren, welche sich die Verlegenheit zu Nutze machen wird, in die man sich blindlings stürzt. Und in diesem Falle möchte es sich zum Unglücke Deutschlands nur zu bald erweisen, daß es unwahr sei, wenn man sagt, daß das deutsche Reich „fester als je" aufgebaut sei.

— **Die Mitrailleuse.** Einem Aufsatze des „Militärwochenblatt" über die französischen Mitrailleusen entnehmen wir nachstehende Schlußbemerkungen: „Ohne der Artillerie in der Gesammtheit ihrer Wirkung auch nur entfernt ebenbürtig zu sein, beanspruchen sie doch eine ebenso umfangreiche und kostspielige Organisation u. Ausrüstung, wie jene, und bieten auch dem feindlichen Feuer ein ebenso großes Ziel dar. Auf großen Entfernungen können sie nichts Erkleckliches leisten, weil die absolute Treffähigkeit zu gering, der bestrichene Raum zu klein und die Beobachtung fast unmöglich ist. Auf den kleinen Entfernungen werden ihnen die eingenisteten feindlichen Schützen ebenso gefährlich, wie der Artillerie. Gegen Truppen hinter Deckungen sind sie unverwendbar, weil es ihren Geschossen an Durchschlagskraft u. Sprengwirkung gebricht. Für die Offensive eignen sie sich überhaupt gar nicht, und in der Defensive vermögen sie die Infanterie nur in seltenen Ausnahmefällen mit Vortheil dann zu ersetzen, wenn es an dem erforderlichen Frontalraum mangelt, um eine genügende Anzahl von Gewehren in angemessener Aufstellung unterzubringen (z. B. bei der Vertheidigung schmaler Engwege u. dergl. m.). Diese Gründe führen uns zu der unabweisbaren Ueberzeugung, daß den Kartätschgeschützen in den Kriegen der Zukunft nicht die große Rolle beschieden sein wird, welche man ihnen von manchen Seiten zuzumuthen geneigt ist."

— **Die Zollgrenze im Elsaß.** Die Nachricht, daß der 1. Januar 1872 als derjenige Zeitpunct in Aussicht genommen sei, von dem ab der Artikel 33 der Reichsverfassung auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt, also diese Provinz mit dem deutschen Reiche zu einem einzigen Zoll- und Handelsgebiet vereinigt werden würde, bezeichnet die „Straßburger Ztg." als nicht richtig. Es scheint aus verschiedenen Gründen geboten, bemerkt diese Zeitung, die alte Zollinie noch mehrere Monat aufrecht zu erhalten, aber damit ist nicht unvereinbar, daß den speciell elsaßlothringischen Waaren schon früher auf Grund von Ursprungszeugnissen die zollfreie Einfuhr gestattet würde. Selbstverständlich kann die Aufhebung der alten Linie nicht erfolgen, bevor die neue Zollgrenze an den Vogesen vollständig hergestellt ist. Diese Vorbedingung wird nach einer Erklärung des Herrn Staatsminister Delbrück in dem Schreiben an einen elsässischen Interessenten nunmehr in Bälde erfüllt sein. Aber auch nach der Durchführung dieser Maßregel erfordert das financielle Interesse des Reiches noch für eine gewisse Zeit den Fortbestand der alten Linie. Unter Benutzung der bisherigen Zollfreiheit sind große Quantitäten französischer Waaren, wie Wein, Zucker u. s. w. nach Elsaß-Lothringen eingeführt worden, denen man natürlich nicht die Möglichkeit gewähren kann, unversteuert auf das Zollvereinsgebiet überzugehen. Wollte man die alte Linie sofort nach Errichtung der neuen beseitigen, so müßte man zu der lästigen Maßregel einer Nachbesteuerung schreiten. Es ist daher zweckmäßiger u. zugleich für die elsässischen Consumenten vortheilhafter, für diese auswärtigen Waaren, die Verzollung an der Rheingrenze noch so lange fortzusetzen, bis muthmaßlich der zollfrei eingegangene Vorrath erschöpft ist. Für die elsässischen Consumenten bleiben dieselben während dieser Zeit unbelastet.

— **Die glänzende und herzliche Aufnahme,** welche der Kronprinz des deutschen Reiches bei den Einzugs-Feierlichkeiten in München gefunden, hat in den hiesigen ministeriellen Kreisen begreiflicher Weise die freudigste Sensation erregt und der preußischen Regierung das Bewußtsein gegeben, daß diejenigen Bestrebungen, welche auf eine Verhinderung der Consolidirung des deutschen Reiches gerichtet sind, nur noch einen sehr schwachen Halt in der Bevölkerung Bayerns haben.

— Der in diesem Jahre anberaumte internationale Thierschutz-Congreß, welcher in London stattfinden sollte, ist bis zum Jahre 1872 vertagt worden. Der zwei Jahre später abzuhaltende Congreß dürfte in Berlin tagen. —

— Der „Deutsche-Reichsanz." publicirt heute das Statut der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden und die kaiserliche Ordre an den Kronprinzen, durch welche dieses Statut genehmigt wird. Letztere schließt mit den Worten: Bei Meinem lebhaften Interesse für diese Angelegenheit werde Ich eingehende Mittheilungen über die Wirksamkeit der Stiftung gern entgegennehmen. Abgesehen davon halte Ich es für erforderlich, daß nach Verlauf von drei Jahren, auf Grund der dann gesammelten Erfahrungen, eine allgemeine Revision der Statuten erfolge.

— Zu Wüstegiersdorf bei Waldenburg i. Schl. und zu Neudeck bei Tarnowitz werden am 1. August Telegraphenstationen eröffnet.

— An die Ernennung des Ministers des Innern Grafen Eulenburg zum Domherrn von Brandenburg haben verschiedene Blätter wieder einmal Combinationen in Bezug auf einen Ministerwechsel geknüpft; indessen sind die Voraussetzungen, auf welche jene Combinationen sich gründen, durchaus irrige. Der Minister des Innern steht heute fester als je im Vertrauen des Kaisers, der dem Grafen Eulenburg als Auszeichnung für die Dienste, welche dieser dem Staate geleistet, jene Sinecure gegeben, mit welcher ein Gehalt von 6,000 Thlr. verbunden ist, ohne daß der Herr Graf dafür das Geringste zu thun hätte. Die Ernennung des Ministers Grafen Eulenburg zum Domherrn von Brandenburg erregt ein gewisses Aufsehn, da es bisher noch nicht vorgekommen ist, daß ein activer Minister zugleich Domherr von Brandenburg wurde. Dieser Titel bezeichnet eine Sinecure im wahrsten Sinne des Worts, da mit ihm eine Jahresrente von mehren tausend Thalern verknüpft ist, wofür eine Gegenleistung nicht erfordert wird. Der letzte Domherr war der General v. Manteuffel, der mit dieser Dotation beglückt wurde, als es schien, als wollte er dem Staatsdienste Valet sagen. Usus war es bisher überhaupt, daß hohe Staatsbeamten nur bei ihrem Ausscheiden aus dem Amte eine solche Sinecure zugetheilt erhielten und dieser Umstand dient denn auch der Erneuerung des Gerüchts zur Grundlage, daß der Minister Eulenburg demnächst eine andere Mission erhalten würde, etwa die eines ersten Verwaltungschefs für das Elsaß.

— **Der Einzug der bayerischen Truppen** in die bayerische Hauptstadt, gestaltete sich nach allen darüber eingelaufenen Berichten zu einem Verbrüderungsfeste, das in schönster Weise die Erinnerung an die allseitige patriotische Erhebung Deutschlands in den Julitagen des vorigen Jahres verherrlichte. Am 55. Juli vergangenen Jahres war es, daß der König von Baiern im Einvernehmen mit der Regierung den casus foederis anerkannte und erklärte, gegen Frankreich zu Preußen zu stehen, und der 16. Juli war der erste Mobilmachungstag der norddeutschen Armee. An demselben Tage begannen auch schon die süddeutschen Staaten mobil zu machen, die desfallsige Entscheidung der Kammern später erwartend. Ist unter den größeren Einzügen derjenige in die bayerische Hauptstadt der letzte, so liegt in dem Umstande, daß er gewissermaßen den officiellen Abschluß des Krieges bildet, wie die „Süddeutsche Presse" mit Recht bemerkt, eine auszeichnende Würdigung der hohen Verdienste, die Bayerns König und seine tapferen Krieger an dem glücklichen Erfolge dieses gewaltigen Kampfes gehabt haben. Ein Verdienst aber giebt es, das der baierischen Armee und vor Allem ihrem königlichen Kriegsherrn gebührt, welches heute besonders hervorgehoben werden muß: dies ist das große Verdienst um das Vaterland, das sie einig machte, einig machte durch die That an dem Tage, da zur Vertheidigung unserer Grenzen, zum Schutze der Hilflosen und Schwachen, zum Schirme des Vaterlandes ihr strömendes Blut sich mit dem der Brüder aller Gauen und Marken mischte. Unter allen Siegen, die das bayerische Heer miterrungen, ist der größte der Sieg der über die alte Zersplitterung; er ist die schönste Palme, der herrlichste Lorbeer dieses Krieges, da er die deutsche Einigung schuf.

— **Eisenbahnwesen.** Für die Dauer des Krieges war die Einrichtung getroffen worden, daß gewöhnliches Frachtgut auf den Eisenbahnen auch an Sonn- und Festtagen zur Beförderung angenommen wurde. Seit dem 15. Juli ist diese Anordnung aufgehoben worden.

— **Nachdem durch Errichtung von Filialen** der preußischen Bank, der Berliner Unionsbank und der Darmstädter Bank in Straßburg dem Creditbedürfnisse des Elsässer Großverkehrs Genüge geleistet ist, soll nunmehr auch mit der Gründung einer Schulze-Delitzschen Genossenschaftsbank zur Befriedigung des geschäftlichen Kredits der Mittelclassen und des Handwerkerstandes vorgegangen werden. Die Anwesenheit eines rheinischen Genossenschaftsmannes in Straßburg, des Directors des Verbandes der rheinisch-westfälischen Creditvereine in Straßburg, Herrn Spiethop von Düsseldorf hat bereits Veranlassung gegeben Behufs Gründung einer Straßburger Gewerbebank die einleitenden Schritte zu thun, denen in nächster Zeit weitere folgen werden.

— **Die Einstellungen,** welche in diesen Tagen in die deutsche Occupationsarmee in Frankreich begonnen haben, belaufen sich per Regiment auf durchschnittlich 600 Mann, zusammen also auf circa 10,000 Mann. — Ueber den Zeitpunkt, wann die Einstellungen im Elsaß in die deutschen Regimenter erfolgen sollen, hat man sich noch immer nicht geeinigt, es sollen gegenwärtig darüber Verhandlungen zwischen Ems und Varzin im Gange sein.

— **An den preußischen Universitäten,** der Academie zu Münster und dem Lyceum zu Braunsberg waren im Wintersemester 1870/71 als Lehrer thätig 808 Dozenten, und zwar 78 evangelische Theologen, 30 katholische Theologen, 90 Juristen, 210 Mediciner und 400 Philosophen; außerdem noch 12 Lektoren für Sprach-, landwirthschaftlichen 2c. Unterricht und 38 Lehrer für den Unterricht in Stenographie, Musik, Fechten, Reiten u. s. w.

— **Es ist wiederholt vorgekommen,** daß Kirchen oder Schulgemeinden Bauten ohne Sicherung der dazu erforderlichen Mittel unternommen haben, und daß hinterher zur Beseitigung der aus solchem Verfahren erwachsenen Unzuträglichkeiten oder zur Abtragung der aus dieser Veranlassung übernommenen Schulden Staatsbeihilfen nachgesucht werden. Die königl. Regierungen sind deshalb strengstens angewiesen, darauf zu halten, daß mit der Ausführung von kirchlichen oder Schulbauten erst dann begonnen werde, wenn die erforderlichen Baumittel vollständig gesichert sind, da auf die Flüssigmachung nachträglicher Staatsbeihilfen nicht zu rechnen ist.

— **Von dem Kultusminister v. Mühler** sind auf Verlangen des Fürsten Reichskanzlers Berichte über die klerikalen Bestrebungen in den einzelnen preußischen Provinzen eingefordert, auch die einzelnen Regierungspräsidenten haben den Auftrag erhalten, über die Umtriebe der Ultramontanen in denjenigen Bezirken, in denen das katholische Element das weit überwiegende ist, genau zu berichten. Man mag daraus ersehen, daß unsere Regierung ein scharfes Auge auf die Klerikalen gerichtet hat. Was im Uebrigen von einem besonderen Vorgehen gegen dieselben hie und da behauptet wird, ist durchaus irrthümlich; die bestehenden Gesetze reichen vollkommen aus, um jedweden etwaigen Uebergriff des Klerus in die gehörigen Schranken zurückzuweisen.

— **Dem neuen** französischen Geschäftsträger, Herrn v. Gabriac, hat der Magistrat der Stadt Berlin einen seltsamen Empfang bereitet und zwar durch Uebersendung einer Quittung über Miethssteuerreste, die sein Vorgänger, der bekannte Herr v. Benedetti, bei seinem etwas übereilten Rückzuge von hier zu begleichen vergessen hatte. Auch an Haussteuer soll der Magistrat noch eine Restforderung an die französische Nation, der das betreffende Grundstück gehört, haben.

— **Besuch Victor Emanuels in Berlin.** Man unterhält sich hier von einem bevorstehenden Besuch des Königs Victor Emanuel beim Kaiser Wilhelm. Thatsache ist, daß der König von Italien im Spätherbst dem österreichischen Hofe in Wien einen Besuch abstattet, um durch eine Entrevue mit dem Kaiser Franz Josef die gegenwärtigen guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien noch mehr zu befestigen. Möglich daß bei dieser Gelegenheit die Reise auch nach Deutschland, resp. bis Berlin, ausgedehnt wird.

— **Dem von der Stadt München** im Glaspalaste am 17. d. veranstalteten Festbankette wohnten der Kronprinz des deutschen Reiches, Prinz Luitpold, Prinz Adalbert und etwa 2500 Gäste bei. Der Glaspalast war prachtvoll geschmückt. Bürgermeister Erhardt trank auf das Wohl des Königs von Bayern, Bürgermeister Wiedenmayer brachte ein Hoch aus auf den deutschen Kaiser und den Kronprinzen. Der Kronprinz beantwortete diesen Toast. Er wies darauf hin, daß er bereits wiederholt hervorgehoben habe, wie hoch er die bayerische Tapferkeit und Waffenbrüderschaft schätze, und welch' großes Vertrauen der Kaiser der bayr. Armee entgegengebracht habe. Dieselbe habe dieses Vertrauen glänzend gerechtfertigt. Sie habe im Kriege ihre Schuldigkeit gethan, möge sie die im Felde an den Tag gelegten militärischen Tugenden, welche sie zu raschem Siege über den Feind geführt haben, im Frieden weiter üben und pflegen. Das Vertrauen, welches die Armee dem Kaiser und ihm (dem Kronprinzen) entgegengebracht, werde, wie er hier zugleich im Namen des Kaisers wiederhole, gerechtfertigt werden. Er bringe sein Hoch aus auf seine Waffengenossen, die bayerische Armee. Die Rede des Kronprinzen war wiederholt von jubelnden Hochrufen unterbrochen worden, am Schlusse derselben stimmte die ganze Versammlung in das vom Kronprinzen ausgebrachte Hoch in enthusiastischer Weise ein. Gegen halb zwölf Uhr verließ der Kronprinz das Fest, welches erst gegen Tagesanbruch endete. **Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz des Deutschen**

---

daß die Dinge nicht an Ort und Stelle verloren gegangen sind, sondern vom Wasser herbeigeschwemmt wurden.

Steht es somit fest, daß die Senkung in eine für Preußen jedenfalls schon vorhistorische Zeit zurückreicht, so war sie nicht minder bis in die allerneueste Zeit, zum wenigsten bis gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts hin tätig. Die Beweise dafür lassen sich in großer Zahl beibringen. Nur um die Art dieser Beweise anzudeuten, mögen ein Paar derselben erwähnt werden. Das Privilegium des unmittelbar am Haff gelegenen Gutes Feilenhof datirt aus dem Jahre 1585; der Garten desselben ist wahrscheinlich erst nach einem großen Brande im siebenjährigen Kriege an der heutigen Stelle angelegt. Längst dieses Gartens ist damals zum Schutze gegen die nagende Schälung des Haffes ein Steinpflaster gelegt worden. Diese Schälung, also der Spiegel des Haffes, befindet sich heute um ein bedeutendes höher hinauf, und nur bei einige Zeit herrschendem Landwinde, also niedrigstem Wasserstande, kommt das Pflaster überhaupt noch zum Vorschein. — Im Jahre 1855 brach der Damm am Flusse Ruß in dem Städtchen gleichen Namens, und entstand ein Ausriß von bedeutender Tiefe. Bei der Reparatur desselben zur Zeit des niedrigen Wasserstandes stieß man hier auf ein Bohlwerk, dessen Oberkante beinahe 1½ Fuß unter diesem allerniedrigsten Wasserstande lag, während man sich überzeugte, daß der an den starken Pfählen regelrecht angenagelte Bohlenvorzug noch mehrere Fuß tiefer hinabreichte.

Auf die nahe liegenden Frage: Senken sich jene Gegenden auch gegenwärtig noch, oder heben sie sich vielleicht bereits wieder? Oder befindet sich der Boden zur Zeit in einem Zustande völliger Ruhe? läßt sich vor der Hand eine entscheidende Antwort noch nicht geben. Erst wenn sich die jetzt geregelten Beobachtungen über einige weitere Jahrzehnte ausgedehnt haben werden, wird man die Resultate, zu denen sie führen, als entscheidend ansehen können. Bis dahin ist man wie bisher auf anderweitige lokale, vielfach zufällige Beobachtungen hingewiesen, und da kann konstatirt werden, daß keine derselben in der in Rede stehenden Gegend auf eine Hebung hindeutet, während andererseits die starken und selten unterbrochenen alljährlich stattfindenden Uferabbrüche, sowohl an der See wie am Haff, vielleicht auch das Feuchterwerden der tieferen Niederung, sehr für das Gegentheil sprechen.

Reiches ist am 18. d. Morgens mittels Extrazug über Frankfurt nach Ems abgereist. Baron Werthern begleitet den Kronprinzen.

— Ueber die **Zusammenkunft des Kaisers** mit dem Kaiser von Oesterreich, deren Beabsichtigung nicht in Abrede gestellt wird, verlautet noch nichts Positives, zumal das Curprogramm des Kaisers noch nicht definitiv festgestellt ist, und es neuerlich heißt, daß derselbe nach Beendigung der emser Cur sich nach Ostende begeben werde.

— Die **Reise des Grafen Eulenburg** nach Ems ist natürlich verschiedentlich commentirt worden, ohne daß jedoch eines der umlaufenden Gerüchte sich über das Niveau der gewagtesten Combinationen erhoben hätte. Wenn nun gar einer oder der andere die Ernennung des Ministers zum Domherrn als ein Zeichen seines bevorstehenden Rücktritts ansehen will, so glaubt die „Elbf. Ztg." versichern zu können, daß zu einer solchen Annahme in diesem Augenblick kein Grund vorliegt. Graf Eulenburg denkt nicht daran, von seinem Posten zurückzutreten, und am wenigsten ist seine Reise nach Ems mit derartigen Plänen in Verbindung zu bringen. Wir wissen nicht, welche Motive zu dieser Reise Veranlassung gegeben haben; wenn wir aber recht unterrichtet sind, so gehört zu den Gegenständen, welche in Ems zur Sprache gekommen sind, auch die Neubesetzung der Stelle eines Polizeipräsidenten von Berlin. Der jetzige Polizeipräsident, Herr v. Wurml, soll für eine Verwaltungsstelle im Elsaß in Aussicht genommen sein. Bekanntlich ist Herr v. Wurmb gestern vom Könige in Ems empfangen worden:

— Die dem **Fürsten Bismarck** als Dotation verliehenen Domänen im Herzogthum-Lauenburg, tragen, wie zur Berichtigung anderweiter Mittheilungen zu erwähnen ist, gegenwärtig 34,016 Rtl. ein, unter welcher Summe 3500 Rtl. für Jagd und mehr als 2000 Rtl. Pacht für künftig wegfallende Zwangs- und Bannrechte begriffen sind. Der ganze Besitz besteht in Forsten, welche nach Abzug obiger künftig wegfallender Rechte ein Einkommen von 28,000 Thlr. gewähren.

— Der **Ober-Kirchenrath** hat die Beschwerde gegen die seitens des Stettiner Ober-Consistoriums erfolgte Versagung der Bestätigung des Dr. Hanne, den bekanntlich die Gemeinde Colberger Münde zu ihrem Prediger erwählt hatte, zurückgewiesen.

— Die **Volkszeitung** brachte vor einiger Zeit einen kleinen Artikel, in welchem darüber geklagt wurde, daß die Mannschaften der 1. Festungs-Pionier-Compagnie des 3. Armeecorps noch immer vor Metz zurückgehalten und dort mit Arbeiten beschäftigt würden, die einerseits als eines Soldaten unwürdig anzusehen sind, anderseits nur den Namen der Arbeit führen und nur dazu dienen, die Mannschaften zum Vortheil der Offiziere, die keine Noth bei ihrem tägliche Extrazuschuß von 15 Francs ausstehen, länger von der Heimath fernzuhalten. Weiter heißt es in dem betreffenden Artikel, vom Gouvernement sei schon mehrmals die Anfrage gestellt worden, ob die Compagnie noch nicht marschbereit sei, um nach Hause befördert werden zu können, immer aber entschuldige sich der commandirende Offizier, daß einzelne Detachements noch abwesend seien und die Compagnie noch nicht fort könne. — Der Führer der gedachten Compagnie, Premierlieutenant v. Porschmann, erblickte in der Notiz eine Beleidigung seiner Person und stellte an die hiesige Staatsanwaltschaft das Ersuchen, die Autoren derselben zu ermitteln; nachdem dies als unstatthaft abgewiesen, stellte er einen Strafantrag auf Grund des § 186 des St.-G.-B., in Folge dessen der Redacteur der Volkszeitung, Steinitz, gestern vor der 7. Strafdeputation des Stadtgerichts erschien. Der Angeklagte machte zu seiner Vertheidigung geltend, daß die in dem betreffenden Artikel behaupteten Thatsachen von keiner Seite bestritten, mithin als wahr zu betrachten seien, eine bloße Mittheilung authentischer Thatsachen aber keine Beleidigung involviren könne. Es werde nicht einmal, selbst von Seiten des Antragstellers in Abrede gestellt, daß das Gouvernement wiederholt wegen der Marschbereitschaft der Compagnie angefragt habe. Wäre irgend eine falsche Thatsache in der Notiz angeführt, so hätte bei dem notorisch feinen Ehrgefühl des Offiziercorps, das jüngst noch im Reichstage vom Bundesrathstische aus einen vielleicht unerwünschten, aber jedenfalls prägnanten Ausdruck fand, gewiß die Militärbehörde einen amtlichen Strafantrag eingebracht, das sei aber nicht geschehen, und auch die Staatsanwaltschaft habe sich wohlweislich gehütet, auf Grund des § 187 des Strafgesetzbuches eine Anklage wegen Verleumdung zu erheben. Der Artikel bezweckte im Grunde nichts weiter als eine schleunigere Entlassung der Mannschaften in die Heimath und darin werde Niemand nach den großen Opfern, welche das Volk in Waffen während des letzten Krieges gebracht, eine Beleidigung erblicken wollen. Zum Schluß machte der Angeklagte geltend, daß der Strafantrag des Premierlieutenants v. Porschmann sich ausschließlich gegen die Autoren richte, während er doch nur als Herausgeber angesehen werden könne. — Der Staatsanwalt führte dem gegenüber aus, daß in der Insinuation, die Offiz. behielten die Mannschaften nur wegen des Fortbezuges des täglichen Extrazuschusses von 15 Francs zurück, unzweifelhaft eine Beleidigung zu erblicken sei. Der Strafantrag des Beleidigten richte sich gegen alle Theilnehmer und es sei gleichgiltig, wer von diesen zuerst zur Rechenschaft gezogen werde. Der Gerichtshof trat der lezteren Deduction nicht bei, resolvirte vielmehr, daß der angeblich Beleidigte sich zuvor zu erklären habe, ob auch der Herausgeber der Volksztg. verfolgt werden solle, und setzte bis dahin den Termin aus.

Ausland.

Frankreich. Zwischen Gambetta und Thiers herrscht troß aller Vorfälle der jüngsten Vergangenheit nicht nur gutes Einvernehmen, es bereitet sich auch im Stillen eine Allianz vor. Beide Herren sehen ein, daß sie ohne Unterstützung des anderen nicht bestehen können, beide sind zu ehrgeizig und thatendurstig, um vom Schauplatze abzutreten, resp. gestürzt zu werden und was sie außerdem vereinigt, ist heftiger Chauvinismus und unauslöschlicher Haß gegen Deutschland. So findet der alte zähe geschmeidige Diplomat, bevor er ins Grab steigt, noch einen Erben für seine Pläne in dem jungen, feurigen, vor keiner Schwierigkeit zurückschreckenden Exdictator, der von seinen Extremen zurückgekommen zu sein scheint, um wenigsten die republikanische Staatsverfassung zu sichern. So haben denn die beiden Männer, welche Frankreich für die nächste Zukunft leiten sollen, einen Bund mit einander geschlossen. Die Präfecten, welche Gambetta ernannt hat, alle enragirte Republikaner, hat Thiers nicht abzusetzen versprochen und jener sichert dem Chef der Executive dafür wieder jede Unterstützung seiner Partei in den großen Reorganisationsarbeiten zu. Faidherbe, der intime Freund Gambettas, soll eine einflußreiche Stelle erhalten, man spricht sogar, daß Thiers den General zu seinem Stellvertreter ernennen wolle, weil Gambetta für diesen Posten heute noch nicht möglich sei.

Türkei. Wie es scheint, wird die islamitische Einheitsidee, welche die Hohe Pforte jetzt verfolgt, vor Allem in Arabien zur Verwirklichung gelangen. Laut verläßlicher Nachrichten ist der nord-östliche Theil der arabischen Halbinsel von den sultanischen Truppen unterworfen worden. Mit dem Falle der wichtigsten Handelsstadt des ganzen nord-östlichen Littorale, des Al-Katif, sind die Hindernisse der Occupirung des ganzen Littorale so gut wie weggeräumt worden. Saud, der kriegerische und ungemein tapfere Häuptling der Nedzids, ist in die türkische Gefangenschaft gerathen. Nachdem nun Abdula, der „Sultan" der Wahabiten, sich auch unterwarf, bleibt nur noch der Stamm Nedzid, welcher noch Widerstand leistet, zu beugen. Dann dürfte die islamitische Einheitsidee in diesen Gegenden so gut wie gesichert sein. Aber da endigen die weitaussehenden Entwürfe des Aali Pascha nicht, im Gegentheil, nach diesen Erfolgen beginnt erst die Hauptarbeit. Vor Allem soll Aegypten ganz — oder doch wenigstens militärisch mit dem Reiche verschmolzen werden. Aber — ob sich da nicht ungeahnte Schwierigkeiten erheben werden — das ist eine andere, und ich möchte glauben, sehr berechtigte Frage.

Provinzielles.

Danzig den 17 Juli. (Westpr. Ztg.) Herr Oberbürgermeister Geh.-Rath v. Winter hat am Sonnabend im Interesse unserer Stadt eine Reise nach Berlin angetreten, um persönlich zwei für die Commune Danzig sehr wichtige Fragen der Entscheidung näher zubringen. Die erste Angelegenheit betrifft den Bau der längst ersehnten directen Verbindungsbahn mit Warschau via Marienburg- Mlawa. Da in neuerer Zeit von anderen Provinzen aus, directe Verbindungen mit Polen und Rußland durch Schienenwege angestrebt werden, so könnte es bei längerer Verzögerung der gedachten Projektausführung leicht dahin kommen, daß dem Danziger Getreidehandel ein ebenso empfindlicher Nachtheil wie zur Zeit der Hafenblokade dem Holzhandel bereitet wird. Dieser Calamität vorzubeugen, hat Herr Geh.-Rath v. Winter bereits durch Vereinbarung mit der Berliner Discontogesellschaft. — welche bekanntlich auch die Mittel zum Bau unserer Wasserleitung und Canalisation vorgestreckt, — die feste Zusage erhalten, daß die gedachte Gesellschaft auch den Baufond für die Eisenbahn hergiebt. Die zweite Angelegenheit der Besprechung in ministeriellen Kreisen betrifft die käufliche Uebernahme des Dominikanerplatzes. Da der Militairfiskus die Contraktsklausel, daß der Platz nicht bebaut werden darf, aufrecht erhält, so erscheint der geforderte Kaufpreis zu hoch, überdem die gemachte Proposition, die Gewölbe unterhalb des Platzes als Lagerräume nutzbar zu machen, nur durch Verwendung bedeutender Geldmittel realisirbar ist. Herr Geh.-Rath v. Winter wird deshalb dahin zu wirken suchen, daß entweder die Clausel zu Gunsten der Stadt modificirt, oder der Kaufpreis ermäßigt wird. Wir wünschen, daß es dem Herrn Oberbürgermeister gelingen möge, durch seinen großen persönlichen Einfluß die günstigsten Resultate für unsere Stadt zu erlangen.

Aus dem Ermlande schreibt man dem „Gr. Ges." folgendes: Der Braunsberger Schulstreit spitzt sich immer schärfer zu Auf Anlaß der Entscheidung des Cultusministers wurde Seitens des Directors des Braunsberger Gymnasiums an die Schüler, denen einstweilen die Theilnahme an dem Dr. Wollmann'schen Religionsunterricht erlassen war, unter Androhung der Entlassung die Aufforderung gerichtet, zu demselben zurückzukehren, und als die Aufforderung bei einer Anzahl fruchtlos blieb, verlangte der Director eine erneute schriftliche Erklärung der Eltern. Darauf richteten am 11. d. M. 7 Braunsberger Bürger eine Eingabe an denselben, worin sie unter Bezugnahme auf die Excommunikation des Dr. Wollmann erklärten, daß sie und ihre Kinder sich zu einer andern Religion bekennen, als welche rc. W. lehrt und demnach für die letzteren nach den Bestimmungen des § 11 Th. 2., Tit. 12 A. L.-R Befreiung von der Theilnahme an dem Unterricht des rc. Wollmann beanspruchen. Ferner richtete am 12. d. der Präfect des bischöflichen Convicts, Priester Szadowski ein Schreiben an den Director, worin er sagt:

„Von den Eltern derjenigen Schüler, welche zugleich Zöglinge des bischöflichen Convicts sind, habe ich aufs Neue Erklärungen bekommen, wonach sie ihren Söhnen den Besuch des W'schen Unterrichts nicht gestatten. Zugleich haben mich dieselben beauftragt, ihr und ihrer Kinder Interesse zu vertreten. Demnach protestire ich hiermit gegen die angedrohte Entlassung der Zöglinge des bischöflichen Convicts. Denn glaubte der Herr Cultusminister am 29. Juni cr. Hrn. Dr. Wollmann, der, wiewohl suspendirt, sich damals noch in Gemeinschaft mit der Kirche befand, als den rechtmäßigen katholischen Religionslehrer bezeichnen zu können, so ist das jetzt, nachdem rc. W. excommunicirt ist und gar nicht mehr zu der Kirche gehört, zu welcher sich die Zöglinge des Convicts bekennen, durchaus nicht mehr möglich. Auf Grund des § 11 Th. 2. Tit. 12 A. L.-R. ersuche ich im Namen der betreffenden Eltern Ew. rc. nunmehr ergebenst, die rc. Zöglinge von der Theilnahme an dem Unterrichte des p. W. zu befreien und von der angedrohten Entlassung Abstand zu nehmen."

Zwei Stunden nach Einreichung dieses Schreibens erfolgte seitens des Directors nachstehende Antwort:

„Ew. Hochehrwürden erwidere ich auf das Schreiben vom heutigen Datum, daß die Zöglinge des B. C. von morgen ab das Gymnasium nicht mehr besuchen dürfen, mit Ausnahme etwa derjenigen, welche mir zuvor erklären, daß sie sich der Anordnung der Staatsbehörde fügen und die Lehrstunden des Religionslehrers Dr. W. besuchen werden. Der Gymnasial-Director Braun."

Gleichzeitig erfolgte an die 7 Braunsberger Beschwerdeführer eine Antwort in demselben abweisenden Sinne. In Folge dessen haben, wie der „Germania" mitgetheilt wird, 50 Schüler das Braunsberger Gymnasium verlassen. Ueber die Bedeutung der Excommunication des Dr. Wollmann wird das ministerielle Blatt jetzt wohl außer Zweifel sein.

Für die Kampfesweise der Römlinge ist noch folgende Thatsache bezeichnend, die die Elb. Anz. mittheilen: Auf besonderen Antrag des Directors hatte der Bischof Krementz bereits die Annahme der Katechumenen des Braunsberger Gymnasiums, der Schüler des Dr. Wollmann, zur ersten Communion gestattet, wenn Dr. Krause. welcher eine dem Bischof befriedigende Erklärung über seine Stellung zu den vaticanischen Dekreten abgegeben hat, die unmittelbare Vorbereitung der Katechumenen übernähme. Dr. Krause hatte sich dazu bereit erklärt, der Termin der Annahme war festgestellt, die Knaben freuten sich auf den Tag, die Eltern hatten schon die Vorbereitungen dazu getroffen, da trifft auf einmal ein Ukas des Herrn Bischof ein, welcher die Annahme, „in Betracht der die kirchliche Freiheit tief verletzenden Verhältnisse" untersagt. Die Entrüstung darüber ist in Braunsberg groß.

Königsberg. Am 27. Juli endlich werden unsere siegreichen Truppen, I. Division ersten Armee-Corps unter Hrn. v. Manteuffel's Anführung, von Frankreich zurückgekehrt, in die Krönungsstadt festlich einziehen. — Unser zweiter Bürgermeister, Freiherr von Reitzenstein, scheidet aus dem Communaldienst und geht über in den Staatsdienst nach dem Elsaß. Sein Gehalt beträgt 1800 Thlr. Bewerber mögen sich melden bis 1. Octbr.

— **Schulwesen.** Sowohl für Tilsit, als auch für Marienburg hat der Herr Cultusminister auf diesfällig eingegangene Beschwerden angeordnet, daß die betreffenden Gymnasien im nächsten Jahre zu der alten Ferienordnung zurückzukehren hätten. Es ist sonach zu verhoffen, daß auch für unseren Ort auf die erhobene Beschwerde der städtischen Behörden eine gleiche Anordnung getroffen werden wird.

Locales.

— **Ein Polizeigeschichtchen,** und zwar aus neuester, nicht aus alter Zeit, wo die Polizei allmächtig war, weil sie von Oben (den Regierungen) wie von Unten (den vorzugsweise sogenannten Unterthanen) zur Erhaltung der Ordnung und der Wohlfahrt für unentbehrlich erachtet wurde, wird uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt u. das zur Beachtung öffentlich bekannt gemacht zu werden verdient. Das Töchterchen eines hiesigen Reservisten, welcher Anfangs September v. J. zur Fahne einberufen worden war und Anfangs Juni d. J. entlassen worden ist, trat im März d. J. mit Vollendung ihres 6. Lebensjahres in das schulpflichtige Alter. In der Ferne konnte unser Reservist selbstverständlich die Anmeldung seines Töchterchens in der Schule nicht rechtzeitig bewirken, aber er holte das Versäumte, als er nach Hause entlassen worden war, sofort nach, freilich 3 Monate später als es das Gesetz erheischt. Dieser Umstand wäre in Anbetracht der angeführten eigenthümlichen Verhältnisse von jeder Behörde unbeachtet gelassen worden, aber die hiesige Polizeibehörde that es nicht. Man denke sich das Erstaunen unseres Reservisten, der neun Monate hindurch sein Leben für König und Vaterland exponirt hatte, als er nach seiner Zurückkunft aufgefordert wurde, entweder achtzehn Silbergroschen Schulstrafe zu entrichten, oder 18 Stunden hindurch zu „brummen." Unter gewöhnlichen Verhältnissen wäre es dem Reservisten, obschon er ein armer Teufel ist, leicht gewesen, obige kleine Summe zu erschwingen, damals aber, wo er seine Familie in Noth antraf, war ihm die Zahlung derselben absolut unmöglich und er stellte sich der besagten Behörde zur Verfügung, welche auch den Besagten, obschon er ihr die obwaltenden Verhältnisse deutlich genug auseinandergesetzt hatte, hier „ganz kurze Zeit ins Loch zu stecken" kein Bedenken trug. Und jeder weiteren Bemerkung über das Verfahren der hiesigen Polizeibehörde, die sich doch einer intelligenten Leitung und Oberaufsicht erfreut, enthaltend, gestatten wir uns nur die Anfrage, ob solches Verfahren geeignet ist, die Vaterlandsliebe bei Reservisten und Landwehrmännern rege zu erhalten und zu steigern, und ist eine Remedur in dem vorliegenden Falle nicht geboten? —

— **Witterung.** „Endlich macht er's gut," der Himmel nemlich, da er mit seinen zur Zeit nicht erforderlichen Regenspen-

den anhält. Das Heu und der Klee sind trocken eingebracht und die Rübsenernte konnte ohne Störung bewirkt werden. Das Ernteergebniß von dieser Cerealie unserer Gegend ist gut, doch nicht so gut, wie man erwarten durfte, da die Körner etwas klein sind.

— **Polizei Bericht.** Während der Zeit vom 1. bis incl. 15. Juli cr. sind 4 Diebstähle zur Feststellung, ferner
7 Obdachlose, 6 liederliche Dirnen, 4 Bettler, 6 Ruhestörer zur Ve haftung gekommen.
204 Fremde sind angemeldet.
Als gefunden ist eingeliefert 1 Portemonnaie mit Geld.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 18. Juli cr.

Fonds:	fest.
Russ. Banknoten	$80\frac{1}{8}$
Warschau 8 Tage	$79\frac{7}{8}$
Poln. Pfandbriefe 4%	$70\frac{3}{8}$
Westpreuß. do. 4%	84
Posener do. neue 4%	$88\frac{7}{8}$
Amerikaner	$97\frac{3}{4}$
Oesterr. Banknoten 4%	$81\frac{5}{8}$
Italiener	$57\frac{1}{8}$
Weizen:	
Juli	74
Roggen:	matt.
loco	49
Juli-August	$48\frac{3}{4}$
Aug.-Septb.	$48\frac{3}{4}$
September-October	$48\frac{3}{4}$
Rüböl: pr Juli	$27\frac{1}{2}$
pro Septbr.-Octbr.	$26\frac{1}{4}$
Spiritus	still.
loco	16. 28.
pro Juli-August	16. 17.
pro August-Septbr.	16. 21.

Getreide-Markt.

Thorn, den 19. Juli. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: heiß. Mittags 12 Uhr 16 Grad Wärme.
Keine Zufuhr; Preise flau und niedrig.
Weizen bunt 126—130 Pfd. 65—68 Thlr., hellbunt 126—130 Pfd. 70—72 Thlr., hochbunt 126—132 Pfd. 72—76 Thlr. pr. 2125 Pfd.
Roggen 120—125 Pfd. 42—$43\frac{1}{2}$ Thlr. pro 2000 Pfd.
Erbsen, Futterwaare 41—44 Thlr., Kochwaare 46—48 Thlr. pro 2250 Pfd.
Spiritus pro 100 Qrt. à 80% 16—$16\frac{1}{4}$ Thlr.

Russische Banknoten $80\frac{1}{8}$, der Rubel 26 Sgr. 9 Pfg.

Danzig, den 18. Juli. Bahnpreise.

Weizenmarkt: heute still, geringe Kauflust Preise schwach behauptet. Zu notiren: ordinär bunt, und rothbunt, gut roth-, hell- und hochbunt, 120—131 Pfd. von 60—78 Thlr. pro 2000 Pfd.
Roggen unverändert, guter inländischer 120—125 Pfd. von 45—48 Thlr., polnischer in Partien von 43—$45\frac{1}{2}$ Thlr. per 2000 Pfd.
Gerste kleine 95—103 Pfd. von 40—$43\frac{1}{2}$ Thlr., große 106—112 Pfd. von 44—$47\frac{1}{2}$ Thlr. pro 2000 Pfd
Erbsen, nach Qualität, ordinäre und weich 39 — 41 Thlr bessere und gute Kochwaare von 42—49 Thlr. pr. 2000 Pfd
Hafer nach Qualität von 39—43 Thlr., pr. 2000 Pfd.
Spiritus ohne Zufuhr.

Stettin, den 18. Juli, Nachmittags 1 Uhr.

Weizen, loco 58 — 72, per Juli-August 73, per September-October $69\frac{1}{2}$.
Roggen, loco 46—$50\frac{1}{2}$, per Juli-August 48, per September-October $48\frac{1}{2}$, per October-November $48\frac{1}{4}$.
Rüböl, loco 100 Kilogramm 28, per Juli 100 Kilogramm $25\frac{3}{4}$, pr Septb.-Oktbr. 100 Kilogr. $25\frac{5}{12}$.
Spiritus, loco $16\frac{5}{6}$, per Juli $16\frac{5}{12}$ nom., per August-September $16\frac{11}{24}$, per September-October $16\frac{2}{3}$.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 19. Juli. Temperatur: Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand: 5 Fuß 11 Zoll.
Wasserstand in Warschau am 19. Juli 7 Fuß, fällt noch.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**